

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 u. Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinblendung auf Postfach Altfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

Der Auftakt zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

In der Woche vom 31. August bis 5. September 1931 tagt im Palmengarten zu Frankfurt am Main der 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Vier Jahrzehnte sind verstrichen seit dem ersten Kongress in Halberstadt. Bereits im Jahre 1899 kamen die freien Verbände einmal in Frankfurt a. M. zu gemeinsamer Tagung zusammen. Seitdem hat sich in Deutschland und auch im Kongressort manches geändert. Die Frankfurter Arbeiterbewegung ist groß und stark geworden und als äußeres Kennzeichen dieser Entwicklung grüßt den Kongressbesucher der stolze Bau des jeben vollendeten neuen Gewerkschaftshauses, das nach den Plänen von Max Laut und Hofmann, Berlin, mit einem Kostenaufwand von annähernd 1 1/2 Millionen errichtet wurde, und ein schönes Zeugnis von der Latkraft unserer Frankfurter Gewerkschaftsossen ablegt.

Eingeleitet wurde der Kongress bereits am Sonntag, dem 30. August durch eine große Kundgebung unter Mitwirkung der Arbeiterchaft von Frankfurt am Main und Umgegend. Schon frühzeitig rüdten sie heran mit Musikapellen und roten Fahnen, die Arbeitercharen aus Frankfurt a. M. selbst und aus den umliegenden Städten. Selbst aus entfernten Tannusdörfern waren die Genossen und Genossinnen herbeigezogen und auch die Arbeiterjugend, die erst am vorhergehenden Sonntag eine machtvolle Demonstration in Frankfurt veranstaltet hatte, war sehr zahlreich vertreten.

Zehntausende füllten das Gelände vor der Festhalle. Weibeseuf erklang, gelungen vom Waffenschor der Arbeiterfängerbunde „Der Sturm“ von Uthmann. Eine Kampfansage gegen die herrschende Reaktion war die Rede des Genossen Eggert vom Bundesvorstand des ADGB. Die gewaltige Demonstration sei nicht nur eine würdige Begrüßung des Bundesfestes, sie stelle darüber hinaus einen Protest gegen alle Feinde der Arbeiterbewegung und gegen das herrschende kapitalistische Wirtschaftssystem dar.

Fünf Millionen Menschen stehen in Deutschland vor den Lören der Fabriken und können keine Arbeit bekommen. Der Gewerkschaftskongress wird die Ursachen prüfen, die in Deutschland so verhängnisvoll zur Verschärfung der Krise beigetragen haben. Verarmt durch Krieg und Inflation, belastet durch die schweren Reparationslasten, erheben wir Anklage gegen den einzigen Schuldigen an diesem Zustand, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem.

Der Kongress wird vom Staat fordern, daß er dieses System unter seine Kontrolle nimmt; der Kongress wird Protest erheben gegen Lohnabbau als Sparmassnahme. Es muß eine Wirtschaftspolitik getrieben werden, die uns den Frieden mit allen Völkern, besonders jedoch mit Frankreich, bringt. Wir kämpfen für den Sozialismus in dem ein freies Volk auf freiem Boden steht.

Im Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft der ganzen Erde sprach Genosse Schevenels, der Generalsekretär des ADGB. Eine kleine Würdigung verfußt heute noch über eine übermächtige Gewalt. Diese Leute verwalten die Finanzen der Staaten und beherrschen die Wirtschaft, sie entscheiden über Krieg und Frieden. Diese Finanzhörigen hegen die Völker aufeinander und versuchen es, den Sozialismus als den Schuldigen an der Wirtschaftskrise hinzustellen. Entgegen dieser mächtigen Reaktion müssen wir die geschlossene Front der organisierten Arbeiterchaft Deutschlands und der ganzen Welt stellen. Schevenels begrüßte den Kongress und mit ihm die zur Demonstration erschienenen Arbeitermassen

im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen 26 Länder mit 14 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern.

Genosse Schorch sprach für unsere österreichischen Gewerkschaftsossen. Für die österreichischen Arbeiter sei immer entscheidend, was ihre deutschen Arbeitsbrüder erreichen. Wir sind uns bewußt, daß das, was der Gewerkschaftskongress beschließen wird, seine Wirkung weit über die Grenzen Deutschlands ausüben wird. Die Arbeiter, gleichviel in welchem politischen Lager sie stehen, sollten nie vergessen, daß sie im Kapitalismus einen gemeinsamen furdürbaren Gegner haben. Erst wenn sie zu dieser Erkenntnis gelangt sind, werden alle Arbeiter zusammenstehen. Genosse Schorch entbietet den deutschen Arbeitsbrüder den Gruß unserer österreichischen Genossen: „Freundschaft“. Darauf erklang der Schlusssong „Unser Lied“ und mit einem dreifachen Hoch auf die machtvolle internationale Arbeiterbewegung schloß Genosse Mißbach, der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, die erhebbende Feier. Ueber eine Stunde dauerte der Abmarsch der einzelnen Gruppen. Reichsbannerkapellen, Trommler- und Pfeiferschöre spielten ihre Marschlieder und im Wind flatterten die roten Fahnen und die Banner der Gewerkschaften. So bildete die Demonstration einen wohlgeordneten Auftakt zum Gewerkschaftskongress.

Am Sonntagabend fand dann im Palmengarten ein zwangloser Begrüßungsabend zu Ehren der Delegierten statt. Konzertvorträge, ausgeführt vom Harmonie-Orchester, Vorträge des Unionquartetts und weitere Vorträge Vorträge in Frankfurter Mundart dienten der Unterhaltung. Von allen weiteren Veranstaltungen wurde in Anbetracht der wichtigen Wirtschaftslage abgesehen. Eine Ausnahme bildet die für Donnerstag, den 3. September, in Mainz geplante Kundgebung. Zahlreichen Wünschen aus dem ehemals besetzten Gebiet nachkommend, wird an diesem Tage der Kongress in der Stadthalle zu Mainz eine Halbtagsagung abhalten. Abends wird sich dem eine große Kundgebung der Mainzer Gewerkschaften anschließen.

Der eigentliche Bundestag tritt am Montag, dem 31. August zusammen. Nach Erledigung der verschiedenen Formalitäten wird Genosse Theodor Leipzig den Bericht des Bundesvorstandes erstatten. Darüber und über den weiteren Verlauf des Kongresses werden wir in der nächsten Nummer unserer Zeitung berichten.

Todsünde der Arbeiterbewegung.

Nach den beispiellosen Erfolgen der Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1930 wirkt sich der Rückschlag durch die Wirtschaftskrise doppelt aus. Trotzdem bewahren die Gewerkschaften eine bewundernswerte Festigkeit. Eine Erziehungsarbeit von mehr als 40 Jahren ist schließlich nicht umsonst gewesen. Die Massen suchen in den Zeiten einer allgemeinen Haltlosigkeit nach einem Widerstand, der ihnen wenigstens etwas Mut einzuflößen vermag. Diesen finden sie immer noch in den Gewerkschaften. Hinzu kommt noch die große Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Krise. Bereitwilligerweise sind die Massenbestände für Unterstützungen in einer Weise zur Verfügung gestellt worden, die Bewunderung erregte. Man war einig in dem Ziel, alles zu tun, um die organisierte Arbeiterchaft so gut als möglich über die schwierige Periode hinwegzubringen.

Den Unternehmern ist es nicht unbekannt geblieben, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppierte. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet war. Welches Unternehmerblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Man hält die gegenwärtige Zeit als sehr geeignet, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Manchmal schlägt die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischem Haß um. Deshalb das unablässige Berennen der Regierung Brüning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgeschlagen werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, je mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederrennen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir solange mit ruhigem Gemissen entgegensehen, als wir die besonnene Arbeiterchaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todsünde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hinderbrannte Idee, sondern geradezu ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie scheint man weiter beschreiten zu wollen. Die Niederlage vom 9. August hat die von Rußland subventionierte Clique nicht nur nicht eines besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angefeuert. Allen Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfziel auszuweisen. Nach dem „Vorwärts“ Nr. 395 hat die Parteileitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Einfluß der Lohnabbau-gewerkschaften des ADGB. muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbau-gewerkschaften stehen vor einer schmeren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADGB. im letzten Jahr verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstüzungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Proz. und mehr abgebaut, Arbeiterbant und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in der KPD. gesteigert werden.“

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, solche ehrenwerten und makellos dastehenden Männer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich erübrigen. Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter Führung der verhassten Funktionäre in den letzten 12 Jahren zu verzeichnen hatten. Ueber Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern

versucht. Wenn es nicht gelang, dann sind nicht zu leugnen jene gewissenlosen Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Ministerarbeit geschwächt haben. Daß eine so schwere Wirtschaftskrise Lohn-abbaubestrebungen zu fördern vermag und nicht alle bei guter Beschäftigung durchgeleitete Erfolge gehalten werden können, dürften gerade an verantwortungsvollen Posten stehende kommunistische Funktionäre bestätigen.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten. Eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart darniederliegt. Dennoch betrug der Mitgliederverlust nicht 500 000, sondern 230 640 oder 4,7 Proz. Die Moskowiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihrem Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahestehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgegahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben vor Reid auf sie geblickt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß man auch in der Zukunft diese Betriebe als voll gesichert betrachten kann. Nun kommen solche Maulhelden her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu sehen hatten, und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt. Die kommunistisch geleiteten Konsumereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergerichtet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe können nur aufrechterhalten werden, dadurch, daß das Personal sechs Stunden je Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Und dies alles trotz reichlicher Unterstützung von Mostau her. Wir können dieses Treiben nicht besser kennzeichnen, als dies die Tageszeitung der Brandler-Gruppe mit folgenden Worten tat:

„Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerbrechen — zur „Beitragsperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geldsäcke der schlimmsten Schwarzmarkter und Klassenfeinde zu besorgen, heißt, dem Proletariat den Dolchstoß zu verfehlen.“

Früher sahen die Todfeinde nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente angefügt, die die Führung der KPD an sich gerissen haben. Soll die Arbeiterchaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell als möglich gelegt werden.

Deutschvölkische Organisationen.

Wie sich die rechtsgerichteten, die Demokratie und den modernen republikanischen Staat bekämpfenden Vertreter des völkischen Gedankens in Deutschland organisiert haben, darüber ist man in den demokratischen Kreisen nicht so im Bilde, wie es im Interesse der Abwehr notwendig wäre. Ich möchte daher im folgenden einiges über diese Organisationen sagen.

Im ersten Umkreis fällt die kolossale Zersplitterung auf. Da gibt es, um mit den am wenigsten wichtigen zu beginnen, deutschvölkische Briefmarkenvereine, die eine Tätigkeit, wie es das Sammeln von Briefmarken darstellt, unter den völkischen Aspekt stellen, so der „Waterländische Verband deutscher Briefmarkensammler“.

In dem Umkreis um jede deutsche Stadt kann man zahlreiche Vereine finden, die der Pflege des völkischen Gedankens auf irgendwelchem Gebiet dienen. So sind allorts völkische Turnvereine, Gesangsvereine, Sportvereine u. a. anzutreffen. Noch vor nicht allzulanger Zeit erregten die Debatten im Deutsch-Österreichischen Alpenverein über den Ausschluß der Juden Aufsehen. Es sollte in der Aufnahme seiner Mitglieder nach rein deutschvölkischen Gesichtspunkten eine Änderung eintreten.

Völkischen Charakter tragen alle Vereine und Verbände, die das deutsche Wesen von fremden Bestandteilen befreien wollen. Der Deutsche Sprachverein ist seit Jahrzehnten bemüht, die deutsche Sprache von Fremdwörtern zu „reinigen“. Schon dieser Ausdruck deutet an, daß diese Völkischen fremde Ausdrücke als etwas die deutsche Sprache Verunreinigendes empfinden, wie ihnen überhaupt alle Ausländische verdächtig und bekämpfenswert erscheint. Dazu gehören auch ausländische Waren. Der neuerdings in Berlin eingerichtete „Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst“ propagiert den Boykott ausländischer Importen, und der „Bund für Nationalwirtschaft und Weltgemeinschaft“ des Herrn Dr. Stadler lehnt den ganzen internationalen Wirtschaftsgedanken völlig ab. Das Ziel dieser völkischen Wirtschaftsorganisationen ist die Autarkie. Sie empfehlen diese kostspielige

Der Außenhandel der Lederwarenindustrie im ersten Halbjahr 1931.

Die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten haben naturgemäß auch den Außenhandel mit deutschen Lederwaren ungünstig beeinflusst. Besonders zeigt sich das in einem Absinken der Ausfuhrpreise. Eine absolut sichere Möglichkeit diese Preisrückgänge zu messen, existiert leider nicht, da keine bestimmten Angaben über Zahl, Qualität und Preise bestimmter Exportartikel vorliegen.

Im ersten Halbjahr 1931 betrug die Ausfuhr von Reisetaschen und Handkoffer aus Leder 487 Doppelzentner im Werte von 459 000 Mk. (459 Doppelzentner — 609 000 Mk.), in Täschnerwaren 7177 Doppelzentner im Werte von 12 358 000 Mk. (7510 Doppelzentner, 15 230 000 Mk.) und von anderen Lederwaren 6446 Doppelzentner im Werte von 6 753 000 Mk. (6399 Doppelzentner — 7 379 000 Mk.). Die Zahlen in Klammern zeigen das Resultat des ersten Halbjahres 1930 an. Eingeführt wurden im ersten Halbjahr 1931 nach Deutschland: Reisetaschen und Handkoffer aus Leder 13 Doppelzentner im Werte von 15 000 Mk. (30 Doppelzentner — 36 000 Mk.), Täschnerwaren 337 Doppelzentner im Werte von 1 018 000 Mk. (34 Doppelzentner — 1 251 000 Mk.) und andere Lederwaren 808 Doppelzentner im Werte von 1 430 000 Mk. (1097 Doppelzentner — 2 059 000 Mk.).

Der größte Abnehmer deutscher Lederwaren ist nach immer Großbritannien. Die Ausfuhr an Täschnerwaren beträgt im ersten Halbjahr 1931 3289 Doppelzentner, war also etwas höher als im ersten Halbjahr 1930 (3220 Doppelzentner) und wesentlich kleiner als in der gleichen Zeit des Jahres 1913 (5732). Bedauerlich ist es, daß die Ausfuhr nach den meisten Ländern zurückgegangen ist. Dagegen ist es gelungen nach einigen Ländern den Abfall zu steuern wie sich aus nachstehenden Zahlen ergibt. (Ausfuhr von Täschnerwaren aus Leder im ersten Halbjahr in Doppelzentnern):

	1913	1930	1931
Dänemark	305	475	493
Schweden	287	481	528
Schweiz	301	483	472

Leder war auch in diesen drei Ländern die Steigerung der Ausfuhrmenge nicht mit einer Steigerung des Ausfuhrwertes verbunden. Während im ersten Halbjahr 1930 für die oben angegebene Ausfuhr noch 3 529 000 Mark erzielt wurden, betrug der im gleichen Zeitraum des Jahres 1931 erzielte Preis nur noch 3 106 000 Mk. Wie groß der Verbrauch von Lederwaren im Inland war, läßt sich nicht ermitteln, doch ist nach der allgemeinen Wirtschaftslage anzunehmen, daß auch hier ein Rückgang des Absatzes mengenmäßig und auch qualitativ zu verzeichnen ist.

Biel dürfte dazu, neben der großen Arbeitslosigkeit, der Lohnabbau beigetragen haben, denn es kann auch einer Luxusartikelindustrie nicht einerteil sein, ob Millionen von deutschen Konsumenten gar nichts oder so wenig verdienen, daß sie dadurch von vornherein als Abnehmer von Lederwaren gar nicht mehr in Betracht kommen können.

Schwere Differenzen in England.

Am 24. August ist die englische Arbeiterregierung zurückgetreten, die über zwei Jahre als Minoritätsregierung unter den größten Schwierigkeiten die Geschicke Englands geleitet hat. An die freigewordene Stelle ist eine neue Regierung getreten, gebildet aus je vier Vertretern der Arbeiterpartei und der Konservativen und zwei Liberalen. MacDonald, der wieder Premierminister geworden ist, hat in einer Rede diese Umgruppierung damit begründet, daß es ein Gebot der Stunde sei, auf schnellstem Wege das Vertrauen zum Pfund Sterling durch Sanierung der Staatsfinanzen wiederherzustellen. Der Kampf spielt sich ähnlich ab wie in Deutschland. Die Rechtsparteien wollen dem Budgetbesitz mit Sparmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter und der Arbeitslosen zu Leibe gehen, die große Mehrheit der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften tritt für unberührte Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen ein und verlangt Ansjehung der Steuerlast bei den finanziell leistungsfähigen Volksteilen.

Mit diesem Streben blieb die Arbeiterpartei in der Minderheit, denn sie verfügt nur über 286 Parlamentssitze, denen die Konservativen und Liberalen zusammen 320 Sitze entgegenstellen können. Die neue Regierung verkündet eine Verringerung der Arbeitslosenunterstützung um zehn Prozent. Der Generatrat der englischen Gewerkschaften lehnt die Kürzung der Sozialleistungen ab, da er von dieser Maßnahme keine Besserung, sondern nur eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage erwartet. Entscheidend war die unbedingte Weigerung von acht Mitgliedern der Arbeiterregierung, dieser Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen. Eine gemeinsame Sitzung des Generatrats der Gewerkschaften mit dem Vorkugauschuß der Arbeiterpartei und dem ständig beratenden Ausschuß ihrer Unterhausfraktion, hat inzwischen eine Erklärung herausgegeben, die besagt, die drei Organisationen seien der Ansicht, daß die neue Regierung („Nationalregierung“), auf das entschlossenste zu bekämpfen sei. Es dürfte schon jetzt feststehen, daß MacDonald gezwungen sein wird, den Vorstoß der Arbeiterpartei niederzuliegen. Die Entscheidung darüber dürfte auf dem Gewerkschaftskongress, der ab 7. September in Bristol tagen wird, fallen. Wie französische Zeitungen melden, ist die britische Regierung in Begriff, eine Auslandsanleihe von zwei Milliarden Mark aufzunehmen.

Mahregel, die nichts anderes zur Folge haben könnte als eine größere Verteuerung unserer Waren, vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt durchführen ließe.

Auch auf dem religiösen Gebiet gibt es völkische Zusammenkünfte. Sie treiben germanischen Götterkult, bekämpfen das Alte Testament als jüdisches Zeugnis, sehen in Christus einen Germanen und im Deutschtum die höchste Offenbarung göttlichen Geistes. Hierher gehören die Germanische Glaubensgemeinschaft, die Deutschgläubige Gemeinschaft, der Bund für Deutsche, der Christdeutsche Bund und die Geistchristliche Religionsgemeinschaft. Die letztere ist das Werk des Nationalsozialisten Dr. Dinter, der sich für einen zweiten Luther hält. Seine Rassebücher (Die Sünde wider das Blut usw.) sind in völkischen Kreisen stark verbreitet.

Ein deutschvölkisches Propagandazentrum bildet der Ostara-Kreis. Er ist von Lang-Liebenfels, einem in Messina geborenen Medizineran und späteren Oesterreicher, geschaffen. Dieser Mann hat hundert Schriften geschrieben, in deren Mittelpunkt die Verherrlichung der blonden arisch-germanischen Rasse und die Verächtlichmachung des dunklen Typus steht. Was er darüber zusammengeschrieben hat, nennt er Ariosophie. Ziel und Zweck derselben ist die Wiedervergöttlichung des Menschen durch die Rassenreinigung.

Zu den Organisationen, die sich zur Aufgabe machen, das rassistisch sehr stark gemischte Volk wieder zu entmischen, gehören der AII-Arierbund, der Treubund für aufsteigendes Leben, der Wittigartbund. Die Rassenreinigung oder Panmixie ist in den Augen dieser Verbände die Ursache aller sozialen Uebel. Um reine Germanen zu züchten und die Aufzuchtung des deutschen Volkes durchzuführen, dazu bedarf es besonderer Anstalten für rassistische Hochzucht. Die Donnershag-Stieblung, Dr. Hunteis, die Stieblung Dr. Legtmeyers sind Beispiele in dieser Richtung, wenn auch misslungene. Diese Völkischen haben aus der Tierzucht eine ganze Masse gelernt. Allerdings wissen sie nicht, daß man Menschen oder Menschentypen nicht wie Rennpferde oder Legehörner züchten kann. Andere völkische Vereine beschäftigen sich mit

Sippenkunde, so der Roland von Berlin. Er will „die Pflüge der Sippenkunde in die arischen und deutschgermanischen Kreise des Bürgertums und des deutschen Adels deutscher Art tragen und eine möglichst enge Verbindung der Freunde der Ahnenforschung, Blutsreinheit und Sippenpflege herbeiführen“. Sein Vorkühender, der im Heroldsamt tätig gewesene Major a. D. Oberregierungsrat Dr. jur. Bernhard Koerner, ist in dem mit dem Halentzug geschmückten 33. Bande seines „Geschlechterbuches“ (es sind bis 1931 schon über 60 Bände erschienen) aus: „Es ist Hochmittnacht: Arier aller Länder, vereinigt euch.“ Von ähnlichen Gedanken ist die Deutsche Adelsgenossenschaft getragen.

Auch die Vereinigten Waterländischen Verbände Deutschlands, deren Block die Wehrverbände wie der Stahlhelm, der Wermolt, der Jungdeutsche Orden, der Tannenbergbund u. a. Organisationen bilden, sind für deutschvölkische Bestrebungen, die vor allem auf dem Gebiete der äußeren Wehrhaftmachung und der Aufrüstung liegen.

Diese viele Millionen umschließenden Gruppen, zu denen dann noch die völkische Ziele vertretenden Nationalsozialisten und die anderen rechtsstehenden Parteigruppen kommen, sind eine Gefahr für Deutschland.

In einem Deutschvölkischen Katechismus (Verlag Ernst Döbner, Leipzig) werden die organisatorischen Grundlagen der völkischen Bewegung behandelt, deren Ideologie in den Streben zahlreicher deutscher Menschen, vornehmlich der Jugend, grauhafteste Verwüstungen angerichtet hat. Eine große Zahl von Vereinen, Verbänden und Bänden bilden die Basis, von der aus Deutschland fortwährend unter völkisches Feuer genommen wird, und wer nicht mitmacht, wird als nicht waterländisch oder nicht national gestimmt oder als Landesverräter beschimpft.

Es ist jetzt fünf Minuten vor Zwölf. Wir müßten uns daher wirklich etwas eingehender mit den Verbänden beschäftigen, auf die ich im vorhergehenden mit einigen Worten hingewiesen habe. Man kann keinen Kampf führen, wenn man nicht weiß, wo der Feind steht und wer er ist.

Zur Reform der Hauszinssteuer.

Forderungen der freien Gewerkschaften.

ADGB und AFV-Bund haben zu den neuerdings vielfach erörterten Plänen zur Herabsetzung der Hauszinssteuer Stellung genommen. Sie veröffentlichen das folgende Ergebnis ihrer Beratungen, an denen führende Kommunal- und Wohnungspolitiker sowie Vertreter der Wirtschaft beteiligt waren:

Die Organisationen der Haus- und Grundbesitzer fordern von der Reichsregierung erneut eine auf dem Notverordnungswege durchzuführende Reform der Hauszinssteuer. Die von den Interessenten veröffentlichten Projekte haben — so sehr sie im einzelnen voneinander abweichen — sämtlich das eine Ziel: die Ausnahmeverhältnisse der jetzigen Krise, die allen Volksteilen größte Opfer auferlegt, zu einer erneuten Bereicherung der Althausbesitzer auszugleichen. Eine weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz kann volkswirtschaftlich und sozialpolitisch nicht verantwortet werden. Ein auch nur teilweise Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Hausbesitzerorganisationen nach Abbau der Hauszinssteuer bedeutet höchste soziale Ungerechtigkeit gegenüber den kleinen Sparern, auf deren Kosten der Hausbesitz in der Inflation eine in der Geschichte nie dagewesene Entfaltung durchzuführen konnte. Bei der finanziellen Notlage der Länder und vor allem der Gemeinden kann auf die jetzt aus der Hauszinssteuer fließenden Einnahmen nicht verzichtet werden.

Trotz der Mindererträge in der Krise durch Steuerbefreiung für Wohnungen Arbeitsloser und für leerstehende Räume ist die Hauszinssteuer, deren tatsächliches Aufkommen im Krisenjahr 1931 bei einem Sollaufkommen von 2 Milliarden Reichsmark jährlich auf 1350 Millionen Reichsmark abgeschätzt werden kann, eine der sichersten Säulen der öffentlichen Finanzen. Eine weitere Entlastung des Althausbesitzes — nach den Steuererträgen der letzten Jahre — müßte zwangsläufig zu einer erneuten steuerlichen Belastung der wertvollen Massen führen. Eine auch nur geringe Kürzung der Hauszinssteuererträge bringt den Wohnungsbau, der ohne öffentliche Unterstützung zusammenbrechen muß, gänzlich zum Erliegen. Ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht nur unter den Bauarbeitern, deren Lage jetzt bereits katastrophal ist, ist die Folge. Die Forderung des Arbeitsmarktes mit planmäßigen Konjunkturpolitischen Maßnahmen des Staates, die nur von der Bauwirtschaft ausgehen kann, wird unmöglich gemacht. Die Pläne der Hausbesitzerorganisationen verwirklichen, heiße die jetzige allgemeine Wirtschaftskrise ungeheuer verschärfen. Jeder Versuch einer „Reform“ der Hauszinssteuer, deren Ziel die weitere Minderung der öffentlichen Einnahmen aus dem Althausbesitz ist, wird daher auf den stärksten Widerstand der freien Gewerkschaften und der hinter ihnen stehenden Millionen Werktätigen stoßen.

Die freien Gewerkschaften fordern aufs neue mit allem Nachdruck, daß die bisherigen Erträge aus der Hauszinssteuer gerade auch im Interesse der öffentlichen Arbeitsbeschaffung langfristig gesichert werden. Eine Reform der Hauszinssteuer wäre nur derart durchzuführen, daß an die Stelle der Hauszinssteuer eine öffentliche, grundbuchlich zu sichernde und abdingbare Last tritt. Sie muß derart bemessen sein, daß als Ausgangsbasis für den Umfang des jährlichen Zins- und Tilgungsdienstes unbedingt das Sollaufkommen der Hauszinssteuer gewählt wird. Die Festlegung der dinglichen Last kann und muß nach den begrifflichen und örtlichen Verhältnissen abgestuft sein und soll im einzelnen den Erfordernissen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung der Häuser und der Befehle über die Verzinsung der Aufwertungshypotheken Rechnung tragen.

Durch eine Verzinsung der dinglichen Last von 7½ Proz. jährlich wird der Zusammenhang mit der Verzinsung der Aufwertungshypotheken gewahrt. Eine Tilgung von 2½ Proz. jährlich zuzüglich der durch fortschreitende Amortisation ersparten Zinsen gewährleistet eine planmäßige Abtragung der Lasten in 18½ Jahren. Hoher Zins und hohe Tilgung werden einen Anreiz zu vorzeitigen Ablösungen oder verstärkten Tilgungen, die noch dadurch gefördert werden sollen, daß durch einen Diskontsatz, der von der Reichsregierung nach der jeweiligen Lage des Kapitalmarktes festzulegen ist, Prämien gewährt werden.

Die zusätzliche Unterstützung Arbeitsloser und sonstiger wirtschaftlich schwacher Wohnungsinhaber durch teilweise oder vollständige Herabsetzung ihrer Wohnungslasten muß grundsätzlich von den Besitzern der Häuser, die an die öffentliche Hand getrennt werden. An die Stelle der bisherigen Hauszinssteuerbefreiungen müssen Mietzuschüsse der kommunalen Wohlfahrt treten, die die Bedürfnisse gerechter der persönlichen Bedürftigkeit des Mieters anpassen kann. Die dafür erforderlichen Mittel können den Kommunen aus dem Zins- und Tilgungsdienst der dinglichen Last zur Verfügung gestellt werden.

Eine derartige Regelung sichert der öffentlichen Hand Einnahmen, die unter den Verhältnissen des Krisenjahres 1931 mit 1350 Millionen Reichsmark jährlich dem derzeitigen Hauszinssteueraufkommen

nach Abzug der Steuerbefreiungen entsprechen würden.

Die Mittel, die aus dem Zins- und Tilgungsdienst und aus vorzeitigen Ablösungen der dinglichen Belastung des Althausbesitzes eintommen, müssen in erster Linie für den Finanzbedarf der Gemeinden und zur Finanzierung des Wohnungsneubaus und der Erhaltung des Wohnraumes verwendet werden.

Die freien Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, die Hauszinssteuerreform mit einer Befreiung der jetzigen gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Mieter zu verbinden, deren Aufhebung die Mieterschaft schutzlos willkürlichen Mieterhöhungen preisgeben würde und damit zu einer weiteren Unterhöhlung der Massentaufkraft führen müßte. Sie fordern vielmehr die Vereinheitlichung und Ausgestaltung der heutigen Befehle zum Schutze der Mieter zu einem sozialen Wohn- und Mietrecht.

Eine Preis- und Lohntheorie.

Die krisenhaften Erscheinungen der gesamten Weltwirtschaft lassen es immer notwendiger erscheinen, diese Vorgänge wissenschaftlich zu durchleuchten und insbesondere das Verhältnis zwischen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Lohnhöhe klarzustellen. Die Lehre von den hohen Löhnen, die vor allen Dingen durch den unvergleichlichen Aufschwung der Wirtschaft der Vereinigten Staaten bestätigt zu sein schien, war ein solcher Versuch. Auch jetzt ist die Auffassung weit verbreitet, daß stabile Lohnverhältnisse eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Beruhigung und Festigung der gesamten Wirtschaft sind. Jens Warming, Professor an der Universität Kopenhagen, tritt mit einer neuen Preis- und Lohntheorie (s. „Internationale Rundschau der Arbeit“, Augustheft 1931) an die Öffentlichkeit. Er geht von der Auffassung aus, daß stabile Löhne die Voraussetzung für geordnete wirtschaftliche Verhältnisse sind. Seine Darlegungen lassen sich etwa wie folgt kurz zusammenfassen:

Die Großhandelspreise sind in fast allen Ländern seit September 1930 um 15 Proz. gesunken. Jetzt handelt es sich darum, entweder die Löhne diesem Preisstand anzugleichen oder die Löhne aufrechtzuerhalten, um eine Rückkehr zum alten Preisstand zu erzwingen. Auf den ersten Blick scheint die Lösung dieser Frage dadurch am einfachsten zu sein, daß man die Löhne entsprechend den gesunkenen Preisen herabsetzt. Hierbei darf jedoch nicht übersehen werden, daß nicht alle Preise in demselben Maße gesunken sind. Die Rohmaterialien sind mehr betroffen als die Fertigwaren und die Großhandelspreise sind stärker gesunken als z. B. die Kleinhandelspreise. Nun ist die Auffassung sehr verbreitet, daß man den Vorkriegsstand der Preise wieder erreichen müßte. Diese Ansicht pflegt bei Lohnkämpfen immer sehr nachhaltig vertreten zu werden. Wenn ein Preissturz sehr schnell erfolgt und die Löhne dann diesen gesunkenen Preisen angepaßt werden, so allerdings entsteht zunächst die Möglichkeit, mehr Arbeiter zu beschäftigen. Auf die Dauer gesehen hat aber ein solches Mittel keine Wirkung. Die Auffassung, daß niedrige Löhne die Nachfrage nach Arbeit erhöhen, ist aus Gedankengängen entliehen, die mit dem Warenhandel zusammenhängen. Hier ist sie in gewisser Hinsicht begründet, wenn auch eine Preislenkung sehr oft die Wirkung hat, daß die Nachfrage nachläßt, weil viele Käufer eine weitere Preislenkung abwarten.

Wenn es in den großen Industrieländern in den letzten Jahren eine Ehrenfrage, so sagt Professor Warming, gewesen wäre, die Löhne stabil zu erhalten, so würde die Krise zweifellos schneller überwunden worden sein. Die tatsächlichen Wirtschaftsverhältnisse rechtfertigen den Preissturz nicht, um so mehr kann man annehmen, daß die Stabilität der Löhne auch die Preise festigen oder sogar auf ihren früheren Stand bringen würde.

Je schneller sich die Wirtschaftstätigkeit ausdehnt, um so eher wird der Zeitpunkt erreicht, an dem sich ein Goldmangel fühlbar macht, d. h. um so kürzer wird die Zeit der guten Jahre sein. Derselbe Erfahrung hat man auch in der Zeit von 1875 bis 1895 gemacht. Auf die Dauer gesehen, läßt sich eine Anpassung der Preise an die vorhandene Goldmenge nicht durch Veränderungen des Diskontsatzes erreichen. Eine internationale einheitliche Auffassung, daß die Löhne nicht verändert werden dürfen, würde den Preisstand viel eher zu festigen geeignet sein. Die Frage, ob sich die Vorteile der Rationalisierung über die Löhne oder über die Preise auswirken sollen, beantwortet Professor Warming dahin, daß eine Erhöhung der Löhne vorzuziehen ist, weil die Auswirkung hier sofort verspürt wird.

Die wahre Ursache der wirtschaftlichen Desorganisation Europas in der Zeit nach dem Kriege scheint darin zu liegen, daß man über die zukünftige Entwicklung nicht klar sieht. Die gegenwärtige Krise ist vor allem psychologischen Ursprungs. Dazu kommt, daß die Rationalisierung einen weiteren Unsicherheitsfaktor geschaffen hat, da sich nicht vorausbestimmen läßt, wofür die neu erworbenen Kaufkraft ausgegeben

wird. Wenn auch manche Störungen des Wirtschaftslebens, wie sie die neuen Grenzbeziehungen, die neue Zollpolitik, die Befehle, die Reparationen und die damit verbundenen langwierigen Verhandlungen darstellen, zum Teil überwunden sind, so bestehen doch noch andere Krisenursachen weiter, die die Weltmeinung über die zukünftige Wirtschaftsentwicklung in einem nervösen Zustand lassen.

Professor Warming behandelt auch eingehend die Entwicklung des Zinsfußes. Wird ein Zinsfuß von 10 Proz. bei Besserung der Wirtschaftslage auf 9 Proz. herabgesetzt, so fördert das die Kapitalanlage. Wenn sich dann herausgestellt hat, welche Arten von Investitionen besonders günstig sind, werden mehr Arbeiter eingestellt und mehr Maschinen beschäftigt. Je schneller dann der Aufschwung erfolgt, um so eher kommt der Zeitpunkt, an dem eine Herabsetzung des Zinsfußes auf 8 Proz. möglich wird. Dann wiederholt sich derselbe Vorgang, so daß die Wirtschaft durch verschiedene Stadien der Arbeitslosigkeit hindurchgeht, bis der normale Zinsfuß erreicht ist. Die heutigen Wirtschaftsverhältnisse ermöglichen wahrscheinlich einen viel niedrigeren Zinsfuß, als er heute üblich ist. Wenn man auf niedrigere Zinsen wartet, wird eine Kapitalanlage, die z. B. bei 8 Proz. Zinsen schon gewinnbringend wäre, natürlich verzögert.

Aus zahlreichen Gründen ist die Weltmeinung über die Entwicklung der Wirtschaft außerordentlich unsicher. Daher hat auch die amerikanische Diskontpolitik im Sommer 1929 ganz andere Folgen gehabt als man beabsichtigte. Aus der Depression aber kommt man nur durch positive Maßnahmen heraus. Theoretisch wäre die Lösung sehr einfach. Man müßte die Arbeitslosen in den Stand setzen, das zu erzeugen, was sie selbst kaufen werden, wenn sie beschäftigt sind. Obwohl einer praktischen Bewirkung dieses Gedankens fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, spielt sich dieser Vorgang ab, wenn eine Depression in eine Konjunktur umschlägt. Die Erfahrung zeigt außerdem, daß die Konjunktur in allen Ländern gleichmäßig zu beginnen pflegt. Daraus geht auch entgegen der heute weit verbreiteten Auffassung hervor, daß neue Arbeit geschaffen wird, die nicht anderen weggenommen wird.

Nach Auffassung von Professor Warming haben die Gewerkschaften den Gedanken am klarsten erfaßt, daß in einer Depression der Lohnstand aufrechterhalten bleiben muß. Die Gewerkschaften einiger führender Länder müssen sich darüber verständigen, daß die Löhne stabil bleiben sollen, dann werden auch die Arbeitgeber eher bereit sein, auf diese Frage einzugehen, weil die ausländischen Konkurrenten dieselben Löhne zu zahlen haben. Die Überwindung der Vertrauenskrise wird am leichtesten erfolgen können, wenn es gelingt, eine Gewähr zu schaffen, daß die Löhne stabil bleiben.

Der Konsum als Sicherungsboden der Volkswirtschaft.

In einem sehr beachtenswerten Beitrag der „Wirtschaftskurve“: „Erhöht die Arbeitslosenversicherung die Erwerbslosigkeit?“ polemisiert Dr. W. Witwidz gegen die in Unternehmerkreisen stark verbreitete, in der volkswirtschaftlichen Literatur vornehmlich von dem schwedischen Nationalökonomem Cajfel vertretene Auffassung, daß die Arbeitslosenversicherung eine solche Wirkung habe. Die Wichtigkeit der Kapitalbildung, die durch die Kosten und vielmehr noch die lohnpolitische Wirkung der Arbeitslosenversicherung angeblich beeinträchtigt sei, wird anerkannt, dennoch darf gerade heute die Kapitalbildung nicht auf Kosten des — von der Sozialversicherung unterstützten — Verbrauchs gehen. „Ehe die Entwicklung der Volkswirtschaft“ — schreibt Witwidz — „wieder eine aufsteigende Linie nimmt, muß das weitere Absinken von Produktion und Beschäftigung verhindert sein. Diese Aufgabe, die Verschärfung des Niedergangs zu verhindern, erfüllt der Konsum, der bekanntlich in der Depression weniger sinkt, als die industrielle Anlagefähigkeit und einen weiteren Absturz der Umsätze bremst. Der Konsum als Sicherungsboden der Volkswirtschaft ist in den letzten Monaten stärker geschwächt worden als in früheren Krisen. Die einschneidende Lohnlenkung, die erstmalig vorkommende scharfe Herabsetzung der sonst starren Einkommen der Beamtenschaft, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mittelschichten, die teils durch strukturelle Änderungen, teils durch eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit unter den Angestellten erzeugt sind, haben die Widerstandskraft der Volkswirtschaft in der Depression wesentlich gemindert. Die Stützung des Verbrauchs durch die Arbeitslosenversicherung ist deshalb nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, sondern aus Gründen der reinen konjunkturpolitischen Zweckmäßigkeit erforderlich. Dies gilt um so mehr, als die Anlagefähigkeit des ganzen, durch einen Abbau der Sozialversicherung ersparten Kapitals bei der jetzigen Anlagemüdigkeit der Industrie zweifelhaft ist und jede Aufhebung von Kaufkraft, gleichgültig, ob sie im In- oder Ausland vorgenommen wird, eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage mit sich bringt.“

Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Der durch Schiedspruch abgeschlossene Lohnvertrag für gewerbliche Arbeiter im Tapezier-, Polster- und Dekorationsgewerbe im Umfange des § 1 des Landesarbeitsvertrages vom 1. April 1929, mit Ausnahme der in der Stahl- und Sigmöbelindustrie beschäftigten, ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 15. August 1931 für die Stadt und Amtshauptmannschaft Dresden für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Abrechnung für das 2. Quartal 1931.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Einnahmen der Hauptkasse' and 'Ausgaben der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Ausgaben der Hauptkasse' and 'Unterstützungen für Rechnung der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Unterstützungen für Rechnung der Hauptkasse' and 'Einnahmen der Casakassen'.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Einnahmen der Casakassen' and 'Ausgaben der Casakassen'.

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Ausgaben der Casakassen' and 'Einnahmen der Casakassen'.

Eine neue Heimarbeiterorganisation.

Die „Gewerkschaftszeitung“ bringt in Nr. 34 eine Mitteilung des Bekleidungsarbeiterverbandes, die besonders für unsere Heimarbeiter von großem Interesse sein dürfte.

Wir haben uns nun diese Neugründung etwas näher ansehen und finden aus ihrer Satzung bestätigt, daß es sich um eine gefährliche Organisationspielerei handelt.

Die Anführung einiger Satzungsbestimmungen beweist das. Neben einer Aufnahmegebühr wird den Mitgliedern für drei Monate der Beitrag im voraus abgefordert und der Austritt nicht so leicht gemacht.

In diesem Verband hat der Vorsitzende die weitest gehenden Rechte. Er und seine wenigen Vorstandsmitglieder haben sich in einer sogenannten Vorstandshauptversammlung selbst eingeleitet und unterliegen keinerlei Wahlen, weder durch die Mitglieder, noch durch eine Generalversammlung.

Den ausübenden, also zahlenden Mitgliedern, wird die Benutzung folgender Rechte in Aussicht gestellt: a) kostenloser Rechtsschutz, b) Verbandszeitschrift, c) Landaufenthalt (aber nicht etwa umsonst), d) Streikaffe, e) die Bestellung eines Verhandlungsführers.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Der amerikanische Gewerkschaftsbund für „Reparationsferien“. W. Green, der Vorsitzende des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, spricht sich für permanente „Reparations- und Kriegsschuldenferien“ aus.

Rundschau

Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung festgelegt. Nunmehr ist der Entwurf zur Zivilprozessordnung zur öffentlichen Diskussion gestellt worden.

Belebung der Produktion in den Ford-Werken in Köln a. Rh. Kurz nach dem Ausbruch der Kreditkrise hatte die Leitung der Kölner Ford-Werke die Erzeugung stark eingeschränkt und schließlich nahezu ganz eingestellt.

Hoover, der amerikanische Präsident, noch immer gegen Lohnsenkung. Im Zusammenhang mit Presseäußerungen, denen zufolge Hoover in der Lohnfrage eine Schwächung gemacht haben soll, gibt das Weiße Haus (Sitz des Präsidenten) bekannt: „Kein Mitglied der Regierung der USL hat die Meinung ausgesprochen, daß die Politik der Hochhaltung der Löhne aufgegeben werden soll.“

Bücherschau

„Der Beamte der Republik.“ Ein Beamtenorgan der Partei. Der neugebildete „Beirat in Beamtenfragen beim Parteivorstand der SPD.“ hat seine Arbeit mit der Herausgabe einer Zeitschrift: „Der Beamte der Republik“ begonnen.

Die vorliegende erste Nummer umreißt im Leitartikel die Lage und die Aufgaben der parteigenösslichen Beamten; seine Ergänzung findet der Artikel durch die Wiedergabe des Arbeitsprogramms des neuen Beamtenbeirats, sowie des auf dem Berliner Parteitag beschlossenen „Beamtenprogramm“ der SPD.

„Der Beamte der Republik“ wird in der Hand der sozialdemokratischen Beamten eine wertvolle Agitationswaffe sein und auch den bisher indifferenten ein unversiehbliches und überzeugendes Bild von dem Wirken der Sozialdemokratie geben.

Deutschwälder Reichshilfsbund. Verlag Ernst Döberner, Leipzig. 2. Bändchen. Organisations-, Parteien-, Vereine-, Verbände-Ordnung. Vor einem deutschen Hochschullehrer. Das 24 Seiten umfassende Heft wird an die Verwaltungen unseres Verbandes zum Vorzugspreis von 2 Mark abgegeben.

Verbandsnachrichten

(Besandnachrichten des Vorstandes und der Ortsverwaltungen) Vom 31. August bis 6. September ist der 36. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Achtung! Berichtarten!

Alle Ortsverwaltungen, die die Berichtskarte noch nicht eingefandt haben, werden ersucht, das Besäumte bis spätestens zum 8. September nachzuholen.

Veranstaltungskalender

Dresden. Am Dienstag, dem 15. September, abends 6.30 Uhr, im Volkshaus, Saal 1, Mitgliederversammlung. 1. Vortrag: „Die Auswirkungen der Roterordnungen auf die Arbeiterklasse“. 2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal.

Die Ortsverwaltung.

Kassel. Freitag, 11. September, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, 3. 8. Dr. phil. Heinrich Otto spricht über: „Arbeiterklasse und Weltfrieden“. Zu dieser Versammlung sind auch die Frauen eingeladen.

Magdeburg. Freitag, 11. September, 20 Uhr.

Versammlung. Vortrag: „Der Klassenkampf in der modernen Literatur“. Referent: Genosse Henneberg. — Jugendveranstaltungen im September: 2. Spatierfahrt; 9. Spielabend; 16. Versammlung; 23. Vortrag (Ordnung); 30. Lieberabend.

Adressenänderungen

Dresden. Vorj.: Paul Walter, Dresden 17, Boltenhainer Str. 37 I. Elbing. Vorj.: Erich Weißler, Elbing, Spittelhof-Land, Dambitzer Str. 41. Wiesbaden. Vorj.: Johann Dietmann, Hallgartenstr. 5 I.

Sterbetafel

Hamburg. Am 13. August starb im Alter von 65 Jahren unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer, Kollege Robert Koberstok. Ehre seinem Andenken!